

# Entlastung für Liechtensteiner Senioren

*Krankenkassenfranchise wird per Abstimmung abgeschafft*

GÜNTHER MEIER, VADUZ

Die Rentner in Liechtenstein erhalten einen finanziellen Zustupf. Aber nicht durch eine AHV-Erhöpfung, sondern über eine Entlastung bei den Krankenkassen. Am Sonntag stimmte eine deutliche Mehrheit von 63,9 Prozent für die Aufhebung der jährlichen Franchise von 500 Franken für die Senioren. Kontroverse Diskussionen blieben im Vorfeld des Urnenganges weitgehend aus. Mit 60,9 Prozent fiel die Stimmbeteiligung für liechtensteinische Verhältnisse entsprechend tief aus.

Die Vorlage war von der Splitterpartei Demokraten pro Liechtenstein (DpL) eingebracht worden. Im Parlament scheiterte die DpL im vergangenen Jahr noch am Widerstand der anderen Parteien. Umso deutlicher fiel nun die Zustimmung zur Initiative aus, die unmittelbar nach dieser Niederlage gestartet wurde. Das Initiativbegehren, für dessen Zustandekommen 1000 Unterschriften vorgeschrieben sind, unterzeichneten 2846 Stimmberechtigte. Nur wenige Initiativen hatten bisher höhere Unterschriftenzahlen erreicht.

## An das Gewissen appelliert

Die Initianten appellierten mit ihrem Slogan «gegen Sozialabbau bei den Rentnern» an das soziale Gewissen der Bürgerinnen und Bürger. Der Regierung und den zwei Regierungsparteien, die sich gegen die Franchisenaufhebung ausgesprochen hatten, warfen sie «mangelnde Solidarität gegenüber der älteren Generation» vor. Die Rentner seien bei den Krankenkassen ohnehin benachteiligt, argumentierten die DpL-Vertreter überdies, denn die Senioren müssten die volle Krankenkassenprämie bezahlen, während bei den Erwerbstätigen die Arbeitgeber die Hälfte der Prämie für die obligatorische Krankenversicherung übernehmen müssten.

Die Warnung der Regierung, bei einem Wegfall der Rentnerfranchise müsse mit einer Mengenausweitung und nachfolgend höheren Krankenkassenprämien für alle gerechnet werden, verfiel bei den Stimmberechtigten nicht. Die DpL hatten auch dazu eine Gegenrechnung parat: Rund 90 Prozent der Rentner würden bereits heute die Franchise voll ausschöpfen, weshalb bei deren Wegfall kaum eine zusätzliche Beanspruchung des Gesundheitswesens zu befürchten sei. Ebenso machte den Stimmberechtigten offenbar wenig Eindruck, dass die Franchisenaufhebung die Staatskasse rund 3,5 Millionen Franken pro Jahr kosten wird. In Anbetracht des Überschusses von 224 Millionen Franken in der Landesrechnung 2021, hatten DpL-Vertreter vorgerechnet, könnten diese zusätzlichen Kosten problemlos verkraftet werden. Schliesslich drang die Regierung auch mit dem Argument nicht durch, die Rentner profitierten bereits von den staatlichen Prämienverbilligungen, die an Versicherte mit geringem Einkommen ausgerichtet werden.

## «Giesskannenprinzip»

Die Regierung hatte als Gegenargument überdies angeführt, man dürfe Alter und Bedürftigkeit nicht gleichsetzen, denn viele Senioren verfügten über Vermögen und seien auf die Franchisenaufhebung nicht angewiesen. In den wenigen Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung war auch vom «Giesskannenprinzip» die Rede, weil alle Rentner profitieren würden, unabhängig von ihrer Vermögenslage. Dieser Vorwurf kann freilich ebenso angewendet werden für die Bestrebungen der Regierungsparteien, die seit 2011 unveränderten Renten zu erhöhen. DpL-Vertreter sprachen sich zwar nicht ausdrücklich gegen eine Rentenerhöhung aus, erblickten in der Franchisenaufhebung aber einen gezielteren Einsatz der Steuergelder: Über die Entlastung bei den Krankenkassen werde das Steuergeld nur auf die in Liechtenstein wohnhaften Rentner verteilt, während bei einer Rentenerhöhung auch AHV-Bezüger im Ausland bedient werden müssten.